

Trumps „Jahrhundertplan“ auf dem Prüfstand

Angelika Timm

Während der vergangenen 100 Jahre wurden mehr als 100 Vorschläge zur Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts vorgelegt. Sie alle scheiterten. Dies nicht nur an der Unvereinbarkeit der auf dasselbe kleine Territorium an der Levanteküste gerichteten Ansprüche zweier Völker, sondern auch an Großmachtinteressen. Erst nach Ende des Kalten Krieges keimte mit der gegenseitigen Anerkennung von Israel und Palästinensischer Befreiungsorganisation (PLO) Hoffnung auf Aussöhnung. Am 27. Januar 2020, also zwei Jahrzehnte nach den letzten israelisch-palästinensischen Verhandlungen, legte US-Präsident Trump in Gegenwart des israelischen Ministerpräsidenten ein 181-seitiges Dokument vor, das er selbstgefällig als „Jahrhundertplan“ anpries. Das Papier markiert in der Tat einen Paradigmenwechsel – und zwar einen rückwärtsgewandten. Waren die unter dem Schirm der USA zustande gekommenen Verträge zwischen Israel und Ägypten (1978) bzw. zwischen Israel und Jordanien (1994) sowie die Oslo Accords (1993) mit den betroffenen Akteuren ausgehandelt worden, so stimmte Trump seinen mit „*Peace to Prosperity*“ betitelten und unter Federführung seines Schwiegersohns formulierten Plan nur noch mit Benjamin Netanjahu ab.

Kernaussagen des Dokuments sind die Anerkennung israelischer Hoheitsansprüche auf das Jordantal, die Legalisierung der 131 israelischen Siedlungen im Westjordangebiet sowie die Schaffung eines demilitarisierten palästinensischen Staates auf etwa 70 Prozent der Westbank und im Gazastreifen. Jerusalem wird zur ungeteilten Hauptstadt Israels erklärt; in einem Teil Ostjerusalems könne der palästinensische Regierungssitz entstehen. Das Rückkehrrecht palästinensischer Flüchtlinge bliebe auf Gebiete außerhalb Israels beschränkt. Als Anreiz bietet Trump den Palästinensern finanzielle Unterstützung in Höhe von 50 Milliarden US-Dollar an. Ihnen wird ultimativ ein Zeitraum von vier Jahren eingeräumt, um in Verhandlungen über den Deal einzutreten. Israel solle für diesen Zeitraum auf neue Siedlungen verzichten.

Seit dem Zweiten Weltkrieg galten die USA als bedeutsamer Makler im Nahostkonflikt – gleich ob sich ihre Präsidenten auf die Seite Israels stellten oder einen vorsichtigen Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern suchten. Mit Trump und dessen einseitiger Parteinahme scheideten sie nunmehr endgültig als Nahostmediator aus. Das hatte sich bereits

mit der Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem und der Anerkennung der 1967 durch Israel besetzten syrischen Golanhöhen als israelisches Staatsterritorium abgezeichnet. Die USA sind somit nicht mehr Teil der Suche nach einer Lösung, sondern Bestandteil des Konflikts. Für die Palästinenser bliebe ein nochmals geschrumpfter Lebensraum mit deutlich eingengter und zudem „zerlöcherter“ Souveränität. Die Negierung internationalen Rechts bzw. aller Satzungen und Beschlüsse der UNO folgen nicht zuletzt innenpolitischen Erwägungen: Der „Nahostfahrplan“ wurde veröffentlicht, als Trump in der Ukraine-Affäre Rede und Antwort zu stehen hatte und sich der wegen Korruption angeklagte Netanjahu im Wahlkampf befand.

Ist der „Jahrhundertplan“ ein israelischer Sieg? Die Bevölkerung Israels ist tief gespalten. Nur 50 Prozent unterstützen den Plan; 24 Prozent lehnen ihn ab und 16 Prozent zeigen sich unentschieden. Während der Likud und die Blau-Weiß-Fraktion um Benny Gantz das Papier in hohen Tönen loben, lehnen es die Mitte-Links-Parteien ab. Unter anderem befürchten sie, die Annexion großer Teile des Westjordanlandes werde den jüdischen und demokratischen Charakter Israels weiter schwächen. Die Siedlerpartei Jamina bleibt bei ihrer Forderung, einen palästinensischen Staat zu verhindern und sofort alle besetzten Gebiete zu annektieren.

Im Westjordanland und in Gaza dominieren Wut und Frustration angesichts der Abkehr der USA vom nationalen Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser und der faktischen Aufkündigung aller bisherigen Versprechungen und Verträge. Präsident Mahmud Abbas erklärte, Trumps Edikt werde „im Mülleimer der Geschichte landen“; Jerusalem stehe nicht zum Verkauf. Aufrufe zu „Tagen des Zorns“ könnten in eine dritte Intifada münden. Sollte eine neue Runde des militanten Konfliktaustrags losgetreten werden, könnte Europa nicht in Neutralität verharren. Dafür ist der Nahe Osten geografisch und politisch zu nahe! 🌐

Dr. sc. phil. Angelika Timm

2002–2007 Gastprofessorin an der Bar-Ilan Universität in Israel,

2008–2015 Leiterin des Israel-Büros der RLS in Tel Aviv

timmang@gmx.de

